



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Ostwestfalens Leistungsentfaltung und Wiederbegründung seiner Universität in Paderborn

Hamann, Heinz

[Paderborn], 1965

Zur sozialökonomischen Frage Ostwestfalens

urn:nbn:de:hbz:466:1-8148

Bezirksmittels erreicht?

Im Zentralraum und in den strukturell ähnlich gelagerten Kreisen des Südraumes läßt unsere Übersicht ein Bruttoinlandsprodukt je Erwerbsperson erkennen, das auf 67 % des Landesmittels abfällt. Hier ist zweifellos Anlaß genug vorhanden, um eine konstruktive Bereinigung der sozialökonomischen Verhältnisse einzuleiten. Der Westraum dagegen ist sozialökonomisch besser gestellt als der Nordraum einschließlich seines gewerblichen Zentrums Bielefeld.

Das bevölkerungsökonomische Bild Ostwestfalens:

In dieser Frage beherrscht der durchschnittliche Geburtenüberschuß im Zentral-, Süd- und Westraum Ostwestfalens, der 158 % des Landesmittels erreicht, womit der Nordraum um fast 100 % übertroffen wird, die Lage. Der Großstadtbezirk Bielefeld demonstriert eindeutig, welche bevölkerungspolitischen Gefahren heraufbeschworen werden müssen, wenn der Anteil großstädtischer Bevölkerung im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung eines Landes zu groß wird und von dieser Seite her ein allmähliches aber sicheres Absterben des Volkes sich vollzieht.

Zur sozialökonomischen Lage:

Hier ist zunächst festzuhalten, daß dieser Fragenkreis nur unter Beachtung der differenzierten Erwerbs- und Produktivitätsverhältnisse in den Teilräumen behandelt werden kann. Es erübrigt sich, bei der Betrachtung des Nordraumes, der im produzierenden Gewerbe ebenso viel Menschen beschäftigt wie im Landesdurchschnitt in diesem Wirtschaftsbereich tätig sind, aber nur ein Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt je Erwerbsperson erzielt, das 86 % des Landesdurchschnitts ausmacht, Erwägungen anzustellen, von welcher Seite her die sozialökonomische Frage anzupacken ist. Grundsätzlich wird auch eine konstruktive Behandlung der agrarsozialen Frage des Nordraumes erforderlich werden. Angesichts der Tatsache aber, daß in diesem Gebiet Ostwestfalens die wohnsiedlungsmäßige Durchdringung der ursprünglich reinen Agrargebiete seit 1945 entscheidende Fortschritte gemacht hat, ist festzuhalten, daß hier ein Prozeß angelaufen ist, der zwar noch zielbewußt gesteuert aber in seiner Grundtendenz nicht mehr umgekehrt werden kann.

Wenn man die Betriebsgrößen--Struktur dieses Nordraumes von Ostwestfalen im agraren Bereich untersucht, zeigt sich, daß in den kleineren Gebieten, in denen landschaftliche Besonderheiten wirksam werden und interessante Klimaverhältnisse vorliegen, auch sehr wohl daran denken kann, Landesmittel sinnvoll für die beste raumpolitische Lösung einzusetzen. Zwar ist hier im Nordraum keine so allgemeine und allgemein zutreffende Behandlung des Gebietes als Erholungsraum möglich, weil der industrielle Charakter immer wieder in Erscheinung tritt, aber dieses Phänomen darf nicht davon abhalten, auch hier jene Lösung anzustreben, die z.B. für Wiedenbrück mit seiner hohen Geburtenüberschußleistung eine besondere Regelung vorsieht mit deren Hilfe eine Besitzfestigung der bodenverbundenen Familien zu gewährleisten ist.

Im Restraum Ostwestfalens haben wir insofern ein besonders schwerwiegendes Sozialproblem zu behandeln, als es darauf ankommt, gesündere Sozialverhältnisse durch beachtliche Steigerung der Einkommen landwirtschaftlicher Erwerbspersonen nachhaltig zu schaffen, ohne dabei Strukturwandlungen einzuleiten, die negative Wirkungen auf den noch eingehaltenen Stand des Geburtenüberschusses ausüben könnten. Eine Patentlösung von der Art, daß gewerbliche Betriebe angesiedelt werden und unterstellt wird, daß aus den Dörfern schon landwirtschaftliche Arbeitskräfte in hinreichender Zahl zur Deckung des Bedarfs der neuen Unternehmen gewonnen werden könnten, scheidet für den hier zu behandelnden ostwestfälischen Teil aus. Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, daß ein hoher Anteil der gewerblich tätigen Menschen aus landwirtschaftlichen Betrieben kommt. Das trifft sowohl für die männliche als auch für die weibliche erwerbstätige Bevölkerung zu. So haben wir hier eine gemischt landwirtschaftlich-gewerbliche Einkommensbildung in der überwiegenden Mehrzahl aller bäuerlichen Betriebe bis zu einer Größe von 20 ha Nutzfläche. Insofern es sich um Dorflagen handelt, wie sie in den klimatisch schwierigen Teilen des Kreises Büren und der sauerländischen Kreise befinden, ist es nicht selten, daß selbst die Bauern, also die Unternehmer im eigentlichen Sinne, gewerblicher Betätigung nachgehen, während die Hofarbeit von Familienangehörigen mehr recht als schlecht besorgt wird. Diese durchaus charakteristische Lage erklärt sich aus der Tatsache, daß in diesen Gegenden, die landschaftlich außerordentlich reizvoll sind, die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse außerordentlich schwierig und risikoreich in Erscheinung treten.

Gegenüber dieser rauhen Wirklichkeit eines um die Erhaltung des Hofes als Existenzbasis für die Familie ringenden Bauerntums wirkt es geradezu *a b s t o ß e n d*, wenn im Rundfunk und in der Presse und dann noch ausgerechnet gelegentlich von Weihnachtsansprachen betont wird, wie entscheidend in unserer Zeit die Wirtschaftlichkeit im Landbau von der Tüchtigkeit der Landwirte abhängig ist. Bleiben wir bei unserer Betrachtung, so, wie es sich für eine objektive Darstellung empfiehlt, auf dem Boden der Wirklichkeit, dann haben wir festzustellen, daß in dem hier besonders zu untersuchenden Restraum Ostwestfalens immerhin so um 50.000 landwirtschaftliche Betriebe vorhanden sind, deren Familien sich in ihrer Existenz nicht mehr sicher sondern bedroht fühlen. Bevor zur Frage, ob und wie weit eine existenzbedrohende Lage der bäuerlichen Höfe Ostwestfalens gegeben ist, Stellung nehmen, kann es in diesem Zusammenhang nicht unrichtig sein, den möglichen Ursachen bäuerlicher Existenzbedrohung nachzugehen.

Noch 1933 wurde die These proklamiert, daß ein Hof von mindestens 7,5 ha Größe unter mittleren Umweltverhältnissen ausreichend sei, um einer Familie als sichere Existenzgrundlage zu dienen. Von dieser Größe an aufwärts wurden die landwirtschaftlichen Betriebe bei entsprechend geordneten Eigentumsverhältnissen als Erbhöfe registriert und einem erheblichen Rechtsschutz unterworfen.

1965 wird generell das Strukturverbesserungsprogramm der Landwirtschaft bejaht, das letztenendes darauf hinausläuft, aus der Vielzahl kleinster, kleiner und mittlerer bäuerlicher Höfe durch Zusammenlegung der Nutzflächen eine kleine Zahl größerer Betriebe zu schaffen.

Die Ursache dieses agrarpolitischen Meinungsumschwungs, der erst in den 50iger Jahren, also vor etwa 10 - 12 Jahren, in der Bundesrepublik hörbar wurde, ist in ökonomisch-technischen Feststellungen zu sehen.

Bereits 1939 war es dem Verfasser dieser Analyse auf Grund eingehender betriebswirtschafts-wissenschaftlicher Darlegungen gelungen, die durchschnittliche Größe neu auszulogender Bauernhöfe in einem Umfang abzumessen, der wesentlich über die betont kleinräumigen Stellengrößen hinausging, welcher zwischen 1919 und 1932 üblicherweise bevorzugt worden waren. Gegen die vom Verfasser vertretene wissenschaftliche Beweisführung versuchten der SS-angehörige Kräfte in polemischer Weise zu argumentieren. U.a. war es *P r i e b e*, der noch mitten im 2. Weltkrieg versuchte, nachzuweisen, daß in bäuerlichen Betrieben das Familieneinkommen mit abnehmender Betriebsgröße absolut größer wird.

Angesichts der Bodenreformbestrebungen in den ersten Jahren nach 1945 und der Gefahren, die der Verfasser auf Grund seiner ökonomischen Erfahrung herankommen sah, stellte er bereits 1947 als Leitziel für bäuerliche Betriebsgrößen einen R a h m e n auf, aus dem hervorging, daß bei sehr guten Bodenverhältnissen mit einer Bodenwertzahl von 80 die Mindestgröße neu zu begründender Betriebe 20 ha, bei abnehmender Bodenwertzahl - 70: 23 ha, 60: 27 ha, 50: 32 ha, 40: 40 ha, 30: 53 ha, und 20: 80 ha - sein sollte. 5)

Bekanntlich sind diese Empfehlungen des Verfassers, deren Richtigkeit inzwischen einwandfrei erwiesen ist, nicht befolgt worden. Erst nachdem nicht mehr übersehen werden konnte, daß auch im Landbau dem allgemeinen weitgehend technisch bedingten Wandlungsprozeß in der Volkswirtschaft gemäß die unabdingbaren Konsequenzen gezogen werden mußten, und seitdem insbesondere der derzeitige Chef für die Behandlung der Agrarfragen in der EWG, Sicco M a n s h o l t, eifrig für eine Reform der bäuerlichen Betriebsgrößenauffassung eingetreten ist, wird auch in der Bundesrepublik an der Durchführung eines Agrarstrukturprogrammes gearbeitet.

Soweit bekannt geworden ist, sind die Landwirtschaftsminister von Bayern und Nordrhein-Westfalen der Auffassung, daß kein Bauer seinen Hof aufzugeben veranlaßt werden sollte, der Bauer bleiben wolle.

Wir stehen also in einer agrarpolitischen Auseinandersetzung, wie sie mitten in einer chronischen Agrarkrise, die in allen Industriestaaten der Welt zu verzeichnen ist, nicht verwunderlich sein kann. Die Ursachen der Agrarkrise gilt es zu erkennen, wenn es darauf ankommt, in Ostwestfalen Entscheidendes zur Behebung der agrarisch-sozialen Probleme zu tun. Dabei ist es von Bedeutung, daß die bundesdeutsche Agrarkrise in dem Rahmen, wie sie seit 1951 zunehmend schärfer in Erscheinung getreten ist, auf zwei Ursachen zurückgeführt werden muß.

Einmal verzeichnen wir seit 1951 ein obrigkeitliches Festhalten an den damals ausgehandelten Getreidepreisen, während in den zwischenzeitlich abgelaufenen 14 Jahren die Preise für die landwirtschaftlichen Produktionsmittel eine unverkennbare Aufwärtsentwicklung genommen haben. An dieser Tatsache kann und darf nicht deswegen vorbeigesehen werden, weil die Bundesregierung aus allgemeinen volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Erwägungen zu ihrer Agrarpreispolitik veranlaßt worden ist. Es ist im Interesse einer objektiven Meinungsbildung erforderlich, an dieser Stelle zu betonen, daß die vollzogene Berücksichtigung der weltmarktwirtschaftlichen Entwicklungsvorgänge nicht zu umgehen war. Es ist aber auch zu betonen, daß die Weltmarktpreise für Agrarprodukte im wahren Sinne des Wortes k e i n e kostendeckenden sondern manipulierte Preise sind. Es bedarf keiner Phantasie sondern nur nüchterner Überlegung, um zu erfassen, daß diese bestehende Preislage für Agrarprodukte am Weltmarkt nur noch so lange aufrecht erhalten bleiben kann, als das Gegeneinander der politischen Machtblöcke

5) Hamann, H. Das Agrarproblem im westlichen Deutschland 1947

fortgesetzt wird. Solange dieses Ringen der Weltmächte um die Beherrschung der wichtigsten Räume der Welt fortgesetzt und ohne Rücksicht auf die wachsende Zahl hungernder Menschen fortgefahren wird, Vernichtungswaffen zu erzeugen, anstatt daß alle verfügbaren Kräfte auf die Lösung des Weltbedarfsproblems zielbewußt abgestellt werden, ist eine kostendeckende Preislage für Agrarerzeugnisse am Weltmarkt nicht zu erwarten. Von vielen weiteren Faktoren abgesehen, die an sich diesen Zusammenhang betreffen, müssen wir uns in der Bundesrepublik eindeutig darüber klar werden, daß bei einer Normalisierung der Weltwirtschaftsverhältnisse auch eine Wandlung im Verhalten der überseeischen Agrarstaaten zu erwarten ist, die noch immer darauf angewiesen sind, durch Pflege ihrer Monokulturen krampfhaft Devisen der Industriestaaten zu beschaffen, um wichtigsten Eigenbedarf der Länder befriedigen zu können.

Sobald nämlich z.B. die afrikanischen Staaten, die mit der Produktion von Ölfrüchten und deren Abgabe an unsere Ölmühlenindustrie, die weitgehendst konzerngebunden tätig ist, einerseits Rohstoffe für die Margarine liefern und andererseits im Abfallprodukt der Ölfrüchte hochwertige eiweißhaltige Futtermittel für die deutsche Milchviehhaltung zur Verfügung stellen in eine Normalwirtschaftslage kommen, in der sie kostendeckende Preise fordern und darauf achten können, daß sie nicht ungestraft die Fruchtbarkeit ihrer Böden $a u s n u t z e n$ dürfen, müssen wir in der Bundesrepublik damit rechnen, daß die gesamte ernährungswirtschaftliche Kalkulation von heute hinfällig wird. Die Dynamik, welche überall im Wirtschaftsprozeß festzustellen ist, wird dafür sorgen, daß auch in den Industriestaaten die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Um die Aufzeigung der Krisenursachen im Landbau wissenschaftlich einwandfrei durchführen zu können, bedienen wir uns der sozialökonomischen Grundgleichung.

In dieser Gleichung verwenden wir, um unabhängig von Kaufkraftsschwankungen der Währung einschlägige Vergleiche durchführen zu können, nur Naturalwerte. Wir bedienen uns als Einheit des für derartige Berechnungen seit gut 20 Jahren gebräuchlichen Einheitsmaßes. Wir drücken also E , das durchschnittliche Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung, und y , die Anzahl der je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche insgesamt jährlich produzierten Doppelzentner Getreideeinheiten, gemeinsam in $Dz. GE$ - Getreideeinheiten aus. Bezeichnen wir sodann mit x den prozentualen Anteil, den der Sachaufwand in der Landwirtschaft einschließlich der Abschreibungen von der Gesamtproduktion einnimmt, und mit z die Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auf jeweils 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche das durchschnittliche Volkseinkommen je